Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 78 (1984)
Heft: 11

Rubrik: Zeichen der Zeit : die Schweiz im Herbst 1984

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

durch Herausforderung und Zumutung. Ich glaube beobachtet zu haben, dass letzteres uns noch ziemlich schwer fällt. Auch südamerikanische Freunde, die einige Tage hier waren, haben uns auf diesen Mangel aufmerksam gemacht.

Zum Schluss

Ich versuchte, aus persönlicher Warte einen Beitrag zu leisten zur Diskussion um die Basisgemeinden in der Schweiz. Basisgemeinden verstehe ich als Mittel, die zur Mitte ganzheitlicher Befreiung hinführen sollen – als Mittel allerdings, in denen immer auch schon die Mitte erlebt und gefeiert werden kann. Näherhin beschrieb ich die ganzheitliche Befreiung als eine «Basisgemeinschaft» mit dem sympathischen Christus des Lebens, die Kräfte freisetzt für die Stiftung von menschlicher Gemeinschaft überhaupt.

Im Rahmen dieser Grundanliegen wären nun die verschiedenen kritischen Anfragen an die Basisgemeinden zu situieren und zu beantworten. Aus Platzgründen kann dies hier nicht mehr geschehen. Konkretere Antworten finden sich in meiner Schrift «Basisgemeinden in der Schweiz?», die bei der Materialstelle des Missionshauses Immensee bestellt werden kann.

Das Anliegen der mir bekannten Basisgemeinden, Alltag, Engagement für die Armen, Gemeinschaftserfahrung und die Frohbotschaft miteinander zu verbinden, liegt auf der Linie meiner Ausführungen. So stellen diese Gruppen ein Stück inkarnierter christlicher Hoffnung dar, mit all den Grenzen und Mängeln, die sie auch kennzeichnen. Sie geben zusammen mit vielen anderen Menschen und Gruppen hierzulande Zeugnis von derselben Entdeckung Marinas: «Sie bekamen ihn gern, den Christus des Lebens, und sie wandten sich ab vom Christus des Todes.»

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Die Schweiz im Herbst 1984

1984 war kein «Orwell-Jahr». Zu vieles bewegte sich und bewegt sich noch immer, was unsere Demokratie der konkordant verwalteten Sachzwänge eines nicht allzu fernen Tages deblockieren, mit neuen Mehrheiten auf eine neue Zukunft hin öffnen könnte. So zuversichtlich wie in den «Zeichen der Zeit» am Anfang dieses Jahres (Januarheft, S. 23ff.) bin ich trotzdem nicht mehr. Zu empfindlich sind die Niederlagen, die wir bei der Zivildienst- und bei der Banken-Initiative erlitten haben. Ausgeblieben ist auch der erwartete oder doch erhoffte Rückzug der SPS aus dem Bundesrat. Geblieben sind: eine politische Landschaft, die nicht weniger «verbarzelt» ist als die benachbarte Bundesrepublik; ein Strukturkonservatismus, der nicht in der Lage ist, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, wie die Abstimmung über die Atom- und die Energie-Initiative zeigte; der Immobilismus einer «Konkordanzdemokratie», die sich mit der Wahl einer Bundesrätin erst noch neue Reputation zulegen konnte. Und dennoch: Der Widerstand wächst. Ihn theoretisch auf den adäquaten Begriff und politisch auf eine wirksame Strategie zu bringen, ist eine Aufgabe, zu der auch

unsere Zeitschrift ihren Beitrag leisten muss.

Die «Verbarzelung» der Schweiz

In der BRD sorgt die «Flick-Affäre» für Schlagzeilen. Bisheriger Höhepunkt ist der «Fall» des CDU-Politikers Rainer Candidus Barzel, der am 25. Oktober als Präsident des Deutschen Bundestages zurücktreten musste. Die Apanage von 1,7 Millionen Mark, mit der er sich vom Flick-Konzern für den Verzicht auf das Präsidium seiner Partei abfinden liess, war denn doch etwas zu grosszügig gewesen, um das Licht der Öffentlichkeit zu ertragen.

Herr Barzel blieb allerdings uneinsichtig und fühlte sich gar gekränkt; denn was er tat, gehört doch schon längst zum System. Er tat es höchstens etwas erfolgreicher als andere und liess sich vielleicht auch «etwas mehr an die Leine legen» – so Flick-Manager von Brauchitsch – als andere. Warum sollte er nicht weiterhin als zweiter Mann im Staate dieses System repräsentieren, das anders als in Abhängigkeit vom Kapital gar nicht bestehen kann?

Im real existierenden Kapitalismus geht die politische Macht eben nicht vom Volk aus, wie der schöne (Verfassungs-) Schein es will, hier bestimmt vielmehr die Wirtschaft die Richtlinien der Politik. Die ökonomische Macht schafft die «Sachzwänge», denen Regierung und Parlament sich beugen müssen. Sie schmiert das politische Räderwerk, damit es dabei zu möglichst wenig «Pannen» kommt. Spenden an Parteien und Politiker sind die Gratifikation für politisches Wohlverhalten. Am Ende streitet man sich nur noch über die beste Verwaltung des Kapitalismus und nicht mehr über diesen selbst. Der Souverän, der jeder Alternative entwöhnt wird, kann nichts bewirken, sondern nur beglaubigen, was ist. Wahlen dienen der Ratifikation des Bestehenden.

Nicht Barzel ist das Problem, sondern der Widerspruch zwischen Kapitalismus und Demokratie, der an diesem Fall deutlich wird. Die Politik löst das Problem der Annektierung öffentlicher Gewalt durch private Macht nicht, indem sie nach Sündenböcken sucht, sondern nur, indem sie auch die wirtschaftliche Ordnung demokratischen Prinzipien unterwirft. Der jungen deutschen Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg war dieser Zusammenhang bewusst: Durch die Demokratisierung der Wirtschaft sollten die Herausbildung autoritärer Kräfte unterbunden und die staatliche Demokratie gesellschaftlich abgesichert werden. Die Erfahrungen mit dem Monopolkapital zur Zeit des Nationalsozialismus und gerade auch mit dem Flick-Konzern, der das Naziregime mit über 7,5 Millionen Mark alimentiert hatte, liessen die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Grossunternehmungen als demokratische Notwendigkeit erscheinen. Dieser Neubeginn wurde jedoch durch die amerikanische Besatzungsmacht vereitelt. Die Begründung gab Präsident Truman am 6. März 1947 im Baylor College in Texas: «Das amerikanische System kann in Amerika nur überleben, wenn es das System der ganzen Welt wird.»

Ob ein «Fall Barzel» auch in der Schweiz denkbar wäre, hat Oskar Reck in der «Weltwoche» (1. November) gefragt. Ich glaube, dass die Frage so falsch gestellt ist. Sie müsste richtiger heissen, ob in der Schweiz ein «Fall Barzel» überhaupt je zum Politikum würde. Haben wir uns nicht schon längst daran gewöhnt, dass bald jeder bürgerliche Parlamentarier ein kleiner Barzel ist? Auch wissen wir, welche Geldmittel nötig sind, damit einer die Freikarte nach Bern erhält. Wer sich aber einen Politiker so viel kosten lässt, der tut das gewiss nicht ohne Gegenleistung. Oder hat das Kapital je in etwas anderes investiert als in sich selbst?

Oskar Reck meint, weil wir kein Berufsparlament hätten, könne es bei uns «auch keinen Barzel geben, der sich als 'Sozialfall' darstellt». Er übersieht, dass der Bund seine Parlamentarier so

schlecht entschädigt, dass diese fast zwangsläufig von der Unterstützung durch Grossunternehmungen und organisierte Interessen abhängig werden. Von der «Kolonisierung des Parlaments» durch «einen fast unerschöpflichen Vorrat an Pfründen» spricht schon Jean Ziegler in seinem 1976 erschienenen Buch «Eine Schweiz – über jeden Verdacht erhaben». Ihm fiel auf, dass «115 bürgerliche 'Volks'vertreter» über «750 meist hochdotierte Verwaltungsratspfründen der Grossbanken, in- und ausländischer Industrie- und Handelsgesellschaften, Waffenfabriken und Immobilienkonzerne» verfügten. Neuere Untersuchungen haben dieses «eidgenössische Pfründensystem» bestätigt. «Gegen die Interessen des Unternehmens, dessen Verwaltungsrat er ist, wird kaum einer votieren», schreibt Hans Tschäni in seinem Buch «Wer regiert die Schweiz?», in welchem er sogar Parlamentarier ausfindig macht, «die wesentliche Teile ihres Einkommens aus Verwaltungsratstantiemen beziehen».

Von «Bestechung» ist in all diesen Fällen so wenig die Rede wie beim «Fall Barzel». Die Vorteilnahme für eine bestimmte Amtshandlung ist kaum je nachweisbar, die Vorteilnahme für eine generell kapitalfreundliche Politik ohnehin kein Delikt. Anders als in der BRD müssen bei uns auch namhafte Parteispenden nicht offengelegt werden. Der «Verbarzelung» der Schweiz sind daher keine Grenzen gesetzt.

Die Offenlegung von Parteispenden, aber auch die uneingeschränkte Transparenz der Interessenbindungen der Parlamentarier wären zweifellos ein Fortschritt. Nur: Mit dem Einblick in solche Abhängigkeitsverhältnisse sind diese selbst noch nicht aufgehoben. Dagegen hilft nur eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft. Nur sie bringt den Abbau einer Privilegienherrschaft, die sich als Demokratie ausgibt, derweil sie diese unterwandert und in ihr plutokratisches Gegenteil verkehrt.

Sinn und Unsinn der Volksinitiativen

Auch die Abstimmungsdemokratie erweist sich leider noch immer nicht als ein Korrektiv gegenüber der «Kolonisierung des Parlaments»; denn selbst die Volksmehrheiten scheinen käuflich geworden zu sein. Solange vor Volksabstimmungen der bürgerlichen Propaganda finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, die das Werbebudget der politischen Linken durchschnittlich um das Dreifache übertreffen, solange stellt sich die Abstimmungsdemokratie nur als ein Mantel dar, der den real existierenden Kapitalismus mit einem Schein von Legitimität umgibt (vgl. Hans Peter Hertig: Sind Volksabstimmungen käuflich?, TAM 21/83).

«Linke» Volksbegehren haben unter den bestehenden Bedingungen keine Chance. Viele von uns sind daher entmutigt und fragen, ob sich überhaupt noch die Mühe lohnt, Initiativen zu lancieren. Setzen solche Initiativen wenigstens die bürgerliche Parlamentsmehrheit unter Druck, so dass diese, um eine Initiative besser bekämpfen zu können, auf der Gesetzesebene das eine oder andere Zugeständnis macht? Das ist durchaus möglich. Nicht weniger realistisch ist jedoch die Gefahr, dass der Ausgang von Volksabstimmungen das bestehende System bestätigt und die weitere Entwicklung auf Jahre hinaus blockiert. So war es mit dem Debakel der Mitbestimmungs-Initiative am 21. März 1976, so droht nun auch die Banken-Initiative eine kontraproduktive Wirkung zu entfalten, indem das niederschmetternde Resultat vom 20. Mai dieses Jahres den Banken eine Legitimation ihres Status quo verschafft, wie keine PR-Aktion sie je zustande brächte. Was gar eine Initiative zur Abschaffung der Armee ausrichten soll, bleibt nach all diesen Erfahrungen unerfindlich. Sie würde nicht nur kläglich scheitern, vielleicht nicht einmal zustande kommen, diese Niederlage müsste auch die Friedensbewegung schwächen und dem Mili-

tarismus in der Schweiz zusätzlichen Auftrieb geben. Es ist eine schlechte Strategie, den Gegner dort anzugreifen, wo er am stärksten ist.

Wo jedoch ist der Gegner schwach? Den wichtigsten Schlüssel zur Beantwortung dieser Frage liefert einmal mehr die Unterscheidung zwischen Strukturkonservatismus und Wertkonservatismus. «Die Progressiven müssen lernen, dass sie Machtstrukturen nur verändern können, wo sie sich auf Werte berufen können, die tief in der europäischen Tradition verwurzelt sind», so habe ich Erhard Eppler im Märzheft (S. 94) zitiert. Wie sehr diese Analyse zutrifft, zeigt das gute Abschneiden von Initiativen, die sich die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zum Ziel setzen. Die 45 Prozent für die Atom-Initiative und die 45,8 Prozent für die Energie-Initiative am vergangenen 23. September sind gewiss kein Ruhekissen für die Elektrogewaltigen. Solche Prozentzahlen für zwei als «extrem» verteufelte Initiativen bleiben nicht ohne Wirkung auf die künftige Energiepolitik. Das KKW Kaiseraugst z.B. ist nun wohl ein für allemal «staatspolitisch unmöglich» geworden.

Die geschickt geschürte Angst vor Wohlstandseinbussen überwiegt zwar noch die rationalere Angst vor dem Verlust natürlicher Lebensgrundlagen. Angesichts eines immer offenkundiger werdenden Gegensatzes von Ökologie und Ökonomie dürfte dieses Verhältnis zwischen einer strukturkonservierenden und einer wertkonservativen Angst aber bald einmal kippen. Auch dafür gibt es ein Indiz: In den städtischen Ballungszentren, wo die Umweltzerstörung am weitesten fortgeschritten ist, erhielten die beiden Zwillingsinitiativen die stärkste Zustimmung. Dass die eigentliche Systemveränderung gegen die überlieferten Werte nicht von der Linken, sondern von der kapitalistisch organisierten Wirtschaft ausgeht, dass diese die Umwelt zerstört, die nichtregenerierbaren Ressourcen ausplündert und gleichzeitig immer mehr Arbeitsplätze und selbständige Existenzen vernichtet, scheint doch allmählich ins öffentliche Bewusstsein zu dringen.

Es zeigt sich, dass eine noch so aufwendige Abstimmungspropaganda einen schweren Stand hat, wenn sie sich gegen Initiativen richten muss, die überlieferte und im besten Sinn des Wortes volkstümliche Werte verteidigen. Gewiss liess sich auch die Banken-Initiative wertkonservativ begründen (vgl. Märzheft, S. 96f.); aber ihre Rückkoppelung an traditionelle Werte trat weniger klar zutage und setzte, um verstanden zu werden, einen überdurchschnittlichen Bildungsstand voraus. Es ist denn auch kein Zufall, dass sich 56 Prozent der Hochschulabsolventen für die Banken-Initiative ausgesprochen haben. Aber der überwiegenden Mehrheit war nicht konkret einsichtig zu machen, dass im Bankenwesen eine übergrosse private Macht entstanden ist, die nicht nur der öffentlichen Kontrolle entgleitet, sondern selber die Öffentlichkeit zu kontrollieren beginnt.

Und das wäre schon die zweite Antwort auf unsere Frage, wo der Gegner schwach ist: dort nämlich, wo die Argumentation nicht nur wertkonservativ ist, sondern auch konkret einsichtig gemacht werden kann. Die Werte, die es zu erhalten gibt, dürfen nicht erst aufgrund eines abstrakten Räsonnements erkennbar sein; sie müssen unvermittelt, konkret und jedem einsichtig vorliegen. Das war zum Beispiel bei der Preisüberwachungs-Initiative der Fall, die am 28. November 1982 angenommen wurde. Das wertkonservative Anliegen stabiler Preise konnte hier anhand der populären Figur des Preisüberwachers konkretisiert werden. Mit der Initiative zum Schutz der Moore von Rothenthurm wird ein analoger Weg eingeschlagen. Der Wert, den es zu erhalten gilt, ist hier unmittelbar gegeben, konkreter auch als das konkurrierende Interesse der Armee an einem Waffenplatz. Und wie die Preisüberwachung einen «systemwidrigen» Einbruch in die

reine Lehre der «freien Marktwirtschaft» bedeutete, nicht anders wird auch der Kampf gegen den Waffenplatz Rothenthurm Gelegenheit bieten, die Funktion der Armee zu hinterfragen.

Die Annahme der Preisüberwachungs-Initiative lehrt noch ein drittes: Um Erfolg zu haben, benötigen schon die Initiativkomitees eine breite, nicht auf die Linke beschränkte Basis. Die parteipolitische Profilierung sollte hinter einer Strategie zurückstehen, die auf Sieg und nicht nur auf Platz setzen will. Die Linke bräuchte deshalb ihren Einfluss nicht zu verlieren. Sie könnte gerade bei der Lancierung breit abgestützter Initiativen ihre intellektuelle und moralische Führungskraft unter Beweis stellen. Von Antonio Gramscis «Theorie der Hegemonie» wäre auch in diesem Zusammenhang noch zu lernen.

Bevor wir uns von der Abstimmungsdemokratie verabschieden, sollten wir uns auf diesen Lernprozess mit dem Volk und mit uns selbst einlassen. Es wird Zeit, dass wir die Mehrheit dort abholen, wo sie steht; natürlich nicht, um sie dort stehen zu lassen, sondern um uns mit ihr auf den Weg zu machen: von der Überwindung einzelner Missstände zur Überwindung des Systems, das diese Missstände verursacht.

Exkurs zur Mutterschaftsschutz-Initiative

Das Problem mangelnder Mehrheitsfähigkeit stellt sich auch bei der Mutterschaftsschutz-Initiative, die am 2. Dezember zur Abstimmung gelangen wird. Ein Mutterschaftsurlaub von mindestens 16 Wochen mit Lohnersatz oder Taggeld (für Nichterwerbstätige), ein Elternurlaub von mindestens neun Monaten bei garantiertem Mindesteinkommen sowie ein umfassender Kündigungsschutz vom Beginn der Schwangerschaft bis zum Ende des Elternurlaubs, das wären ja nun wirklich Massnahmen, die in einem modernen Sozialstaat selbstverständlich sein sollten. Und wiederum wäre wertkonservativ zu argumentieren, dass diese Initiative nicht nur die ganzheitliche Entwicklung des Kleinkindes im entscheidenden ersten Lebensjahr fördern könnte, sondern dass sie auch ein gesellschaftliches Ja zum Kind ausdrücken würde, das im Gegensatz zum staatlichen Abtreibungsverbot eine positive, weil motivierende Wirkung zu entfalten vermöchte. Zu entlarven wäre die ganze Heuchelei derjenigen, die 1977 die Fristenlösungs-Initiative bekämpften und nun auch noch die Mutterschaftsschutz-Initiative ablehnen.

Leider zielt die Diskussion um die Initiative in eine andere Richtung. Nach bewährtem Rezept gelingt es den Gegnern einmal mehr, mit der angeblich drohenden Wohlstandseinbusse die Thematik zu bestimmen: Durch die Annahme der Initiative würde die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft gegenüber dem Ausland leiden und die Arbeitslosigkeit dadurch zunehmen. Ja, die neugewählte Bundesrätin Kopp befürchtet gar eine «Arbeitsplatz-Diskriminierung» der Frau. Das politische Bürgertum versteht sich auf das Geschäft mit der Angst vor einer ökonomisch ungewissen Zukunft. Als ob es nicht selber daran schuld wäre, dass diese Zukunft derart ungewiss ist. Und als ob die verantwortungslosen Unternehmer, die den sozialen Fortschritt durch eine «Arbeitsplatz-Diskriminierung» sabotieren möchten, nicht ebenfalls in seinen Reihen zu finden wären. Es braucht schon einige Unverfrorenheit, um aus dem eigenen politischen und moralischen Versagen auch noch Kapital zu schlagen.

Nicht nur überrollt die strukturkonservative Propagandawalze die wertkonservative Argumentation zugunsten der Initiative; es rächt sich auch, dass diese von Anfang an zu wenig breit abgestützt war. Gewiss ist das erstmalige Bündnis zwischen verschiedenen Organisationen der Frauenbewegung und der Arbeiterbewegung, das an der Wiege der Mutterschaftsschutz-Initiative stand, ein zu-

kunftsträchtiges Zeichen der Zeit. Trotzdem hätte diese Basis um Personen und Organisationen erweitert werden müssen, die nicht zur Linken zählen. Initiativkomitees dürfen nicht auf die Mitarbeit jener Kreise verzichten, die man in der Abstimmungskampagne braucht, um über die eigenen Reihen hinaus Zustimmung zu finden. Dass der Christlichnationale Gewerkschaftsbund, der bei der Lancierung der Initiative nicht dabei war, nun dennoch die Ja-Parole herausgegeben hat, verdient immerhin vermerkt zu werden.

Die «Ungarn» kommen – mit einer Bundesrätin

Als am 2. Oktober die freisinnige Nationalrätin Elisabeth Kopp-Iklé in den Bundesrat gewählt wurde, feierte selbst der Pressedienst des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes diesen «Durchbruch» mit den überschwänglichen Worten: «Was noch im Dezember des letzten Jahres nicht sein sollte – damals scheiterte die nicht minder geeignete Lilian Uchtenhagen an von bürgerlicher Seite inszenierten Schachzügen – ist nun Wirklichkeit geworden: Die Schweiz hat ihre erste Bundesrätin. Nach 13 Jahren Frauenstimmrecht war dieser Schritt mehr als fällig. Der Gerechtigkeitssinn hat diesmal über Intrigen gesiegt. Es ist aber auch ein Erfolg 'für alle Frauen des Landes, die sich in der Politik engagieren', wie sich die Gewählte nach ihrem Sieg vernehmen liess.»

Natürlich gab es keine andere Wahl, und selbstverständlich hat die Sozialdemokratische Fraktion gut daran getan, die Wahl von Frau Kopp zu empfehlen. Doch so verständlich die Freude vieler Frauen und Männer über dieses Zeichen am Weg zur Gleichberechtigung ist, so sehr wiederholt sich hier ein Integrationsmechanismus unserer Konkordanzdemokratie, den «historisch» nur nennen kann, wer in ihr die beste aller möglichen Welten sieht. Wer zu Beginn des Jahres für den Austritt der SPS aus dem Bundesrat gekämpft hat, der ist auch am Ende des Jahres nicht zum Feiern aufgelegt, wenn er sieht, wie diese Konkordanzdemokratie durch den Einbezug der Frau zu neuer Reputation gelangen soll. Wie kann für die Frauen gut sein, was für die Entwicklung des demokratischen Sozialismus schlecht ist?

Die Frau, die gewählt wurde, ist denn auch genauso systemkonform und angepasst, wie es die Sozialdemokraten sein müssen, die unter der Bundeskuppel zu den höheren Weihen zugelassen werden. Bevor Frau Kopp Frau ist, agiert sie zuerst einmal als Freisinnige. Als solche war sie in so ziemlich allen Komitees, die gebildet wurden, um fortschrittliche Initiativen zu bekämpfen. Sie gehörte selbst zu jenen freisinnigen Nationalräten, die mit ihrer Stimmungsmache gegen unseren «Mitenand»-Gottesdienst in der NZZ (20. März 1981) die massive Störung dieses Gottesdienstes durch die Nationale Aktion auslösten.

Was die Kommentatoren übersehen haben, obschon es von wirklich analytischem Interesse wäre, ist die Tatsache, dass Frau Kopp als erste Vertreterin der «Ungarn-Generation» in den Bundesrat einzieht. Diese Generation, die von der Ungarn-Tragödie des Novembers 1956 geprägt ist, hat ihren kruden Antikommunismus nie mehr überwunden. Das «totalitäre System», das sie damals bekämpfte, widerspiegelte sich immer mehr im eigenen Verhalten gegenüber Andersdenkenden. Die geistige Freiheit wurde nicht mehr verteidigt, sondern verspielt. An den Universitäten verbreitete sich die intellektuelle Einöde.

Elisabeth Iklé war 1956 Sekretärin der «Studentischen Direkthilfe Schweiz-Ungarn», später auch Aktuarin der Aktion «Wahret die Freiheit», während der Sozialdemokrat Walter Renschler diese beiden Organisationen präsidierte. Antikommunismus wurde zur Voraussetzung politischer Karrieren – auf der Linken wie auf der Rechten. Er war das einigende Band, das den Burgfrieden zwischen

Bürgertum und Arbeiterbewegung über die Zeit der Bedrohung durch den Nationalsozialismus hinaus verlängerte. Die Sozialdemokratie sah sich selbst als Schutzwall gegen den Kommunismus; dafür wurde sie 1959 durch zwei Bundesratssitze honoriert.

Die junge Generation von damals, die am meisten angepasste der Nachkriegszeit, wird alles daran setzen, dass diese Konkordanzdemokratie erhalten bleibt. Sie hat dafür noch etwa zwölf Jahre Zeit, weil erst zwölf Jahre nach 1956 der Auszug der Jugend aus dieser selbstverschuldeten Unmündigkeit begann. Ob auch die Schweiz noch so lange Zeit hat, das ist freilich eine andere Frage.

Vreni Biber

Zum Friedensnobelpreis für Desmond Tutu

Parteinahme im Kontext Südafrikas

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Bischof Desmond Tutu bedeutet Parteinahme im Kontext Südafrikas. Der 53jährige Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates ist keine unumstrittene Integrationsfigur. Er steht für eine ganz bestimmte Haltung im heutigen Konflikt der Rassen.

Drei Nachrichten der letzten Zeit mögen dies illustrieren:

– Es wurde allgemein erwartet, dass ein aus Laien bestehender Nominationsausschuss Tutu zum Nachfolger des anglikanischen Erzbischofs von Johannesburg vorschlagen werde. Der Vorschlag musste kurz nach der Bekanntgabe der Nobelpreisverleihung erfolgen. Tutu wurde nicht nominiert, und dies, wie man vermutet, auf Druck einflussreicher weisser Interessengruppen und gemässigter schwarzer Kirchenleute. Für sie ist er ein politischer Aktivist.

– Auf Seiten des offiziellen Südafrika reagierte man praktisch mit «no comment» auf die Verleihung, d.h. man ist peinlich berührt.

– Soeben hat der ehemalige weisse Präsident des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC), Peter Storey, einen Aufruf zum Frieden an die Regierung und die verbotene Oppositionspartei Afrikanischer Nationalkongress (ANC) gerichtet. Desmond Tutu äussert sich dazu sehr kritisch, auch wenn er grundsätzlich den Aufruf zum Frieden unterstützt: «Meine einzige Schwierigkeit ist, dass der Aufruf viel mehr von den Befreiungsbewegungen verlangt als von der Regierung. Unser Volk hat keine Grundlage, auf der Vertrauen zur Regierung aufgebaut werden könnte.» Tutu verlangt eine Art Vorgabe: Freilassung von politischen Gefangenen wie Nelson Mandela und Rückkehr der im Exil lebenden Oppositionellen.

Desmond Tutu ist bewusst Kirchenmann und nicht Politiker, aber er redet zu politischen Dingen, und dies laut und deutlich. Er redet als Sprachrohr jener, die unterdrückt werden und keine Stimme haben: der rechtlosen Schwarzen Südafrikas. Für sie verlangt er die Abschaffung der Apartheid ohne jede Einschränkung. Tutu lässt sich in keiner Weise auf Kompromisse ein. Apartheid ist ein System des Unrechts und kann in keiner Weise «verbessert» oder reformiert werden. Deshalb unterstützt Tutu auch wirtschaftliche Boykottmassnah-